# NÖGemeinde Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



Für über 80 Gemeinden rund um Wien erfolgreich unterwegs: Die Gemeindebetreuer von Wien Energie.

# Mödling

**Schwechat** 

Klosterneuburg

**Purkersdorf** 

Zahlreiche Gemeinden profitieren bereits von unserer sauberen Energie aus 100 % Wasserkraft. Auch Sie könnten bald zu ihnen gehören. Informieren Sie sich jetzt über unsere günstigen Tarife, das energiesparende Lichtservice und unsere umfangreichen Dienstleistungen auf www.wienenergie.at oder bei einem unserer Berater unter (01) 977 00-38171.



UNSERE KRAFT FÜR

#### Aus erster Hand

# Aktuell im Juni

### politik



Ministerin Mikl-Leitner erläutert ihre Initative für Sicherheit in Gemeinden.

- **04** Raumordnungsnovelle beschränkt Windkraftausbau
- **08** Interview mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner
- 12 NÖ Ferienbetreuungsaktion 2013

# recht & verwaltung



Kein Vorsteuerabzug für Grundstücke

- 16 Spenden als Werbungskosten für einen politischen Funktionär
- 18 Parkplatzanlage und Vorsteuerabzug

#### kommunalinfo

- 20 Parks und Plätze als Begegnungszonen
- 22 Die Wienerwald Initiativ Region will das Heimatgefühl stärken

#### Im Interesse der Gemeinden

Der NÖ Landtag hat in seiner letzten Sitzung die neue Raumordnungsnovelle beschlossen. Demnach sollen Windräder künftig nur mehr in ausgewiesenen Eignungszonen aufgestellt werden, auch interkommunale Projekte sollen forciert werden. (siehe Bericht auf den nächsten Seiten). Ich freue mich über diese Entscheidung. Sie stoppt den Wildwuchs, sie stoppt die Geschäftemacherei und Profitgier der Betreiber, sie stoppt aber auch Neiddebatten in den Gemeinden. Und der NÖ Energiefahrplan ist durch einen strukturierten Ausbau der Windkraft nicht in Gefahr, das möchte ich an dieser Stelle auch betonen. Letztendlich ist es eine gute Entscheidung, eine Entscheidung ganz im Sinne und im Interesse unserer Gemeinden.

Doch das Thema Windkraft ist noch nicht vom Tisch – auch am kürzlich stattgefundenen "Kommunalgipfel" wurde zwischen Gemeindevertretern und Regierungsmitgliedern aller Parteien über die Windräder diskutiert – sogar über eine Windkraftabgabe wurde laut nachgedacht.

#### Kommunalgipfel mit umfangreicher Tagesordnung

Wir waren aber auch überrascht, welch zahlreiche Themen es noch auf die Tagesordnung des Kommunalgipfels geschafft haben: So wurde über die Spitalsfinanzierung genauso gesprochen wie über die Problematik der Zweitwohnsitzer, die Pflegefinanzierung, die NÖKAS-Umlage, die Entwicklung der Sozialhilfeumlage, die Dotierung des Schul- und Kindergartenfonds, die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds sowie das Umlagensystem generell. Und am Ende der ersten intensiven Diskussionsrunde war klar: Es war wichtig und höchste Zeit über diese zukunftsweisenden Themen zu sprechen. Aber das letzte Wort ist hier noch lange nicht gesprochen. Es wird noch einige Verhandlungsrunden geben müssen, bis es eine Lösung und einheitlichen Konsens in den anliegenden Fragen gibt.

Wir Gemeindevertreter werden jedenfalls alles tun, um die Interessen und Anliegen der Gemeinden bestmöglich zu vertreten. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Mitbürger in den Kommunen.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl Präsident





# Das Land gibt die "Windrichtung" vor

Nach einer neuen Raumordnungsnovelle sollen neue Windräder nur noch in ausgewiesenen Eignungszonen errichtet werden.

#### von Sotiria Taucher

b sofort gibt es in Niederösterreich keinen Wildwuchs mehr für Windräder – so sieht es zumindest die neue Raumordnungsnovelle vor. In seiner vergangenen Sitzung hat der NÖ Landtag das neue Gesetz beschlossen. Demnach dürfen keine neuen Windräder mehr bewilligt werden. Stattdessen soll es sogenannte Eignungszonen und verstärkte interkommunale Kooperationen geben, in denen Windkraftanlagen künftig gebaut werden dürfen. Experten werden in den kommenden

Wochen und Monaten genau untersuchen, wo es derartige Errichtungszonen für neue Windräder geben könnte -

innerhalb von einem Jahr sollen die Zonen feststehen.

Auch wenn die Betreiber der Windkraftanlagen heftig gegen die neue gesetzliche Regelung wettern, begrüßen die Gemeindevertreter die Entscheidung des Landes.

"Mit der Novelle machen wir einen wichtigen Schritt, um dem Ausbau der Windkraft mit Struktur und nach Plan zu verfolgen und zu verwirklichen, ohne dabei Wildwuchs und Landschaftsbildzerstörung zu riskieren. Auch der NÖ Energiefahrplan ist durch einen strukturierten Ausbau nicht in Gefahr, und wir werden unsere Energieziele erreichen", sagt GVV-Präsident Alfred Riedl.

#### Windrad-Wildwuchs vorbeugen

Der Energiefahrplan sieht jedenfalls vor, dass bis 2020 die Hälfte des NÖ Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. "Man muss genau zwischen Energiewende und Profitgier unterscheiden. Wir schieben lediglich dem Wunschdenken der Windkraftindustrie einen Riegel vor und beugen dem Windrad-Wildwuchs vor", sagt Umweltlandesrat Stephan Pernkopf.

Ins gleiche Horn stößt auch der Umweltdachverband: "Einige Windkraftzocker sind derart von Geldgier getrieben, dass sie beim weiteren Windkraftausbau auf Kosten der betroffenen Bevölkerung von Landschaftsbild, Natur-und Umwelt-



Johann Köck, Prellenkirchen: "Bürgerbeteiligung stimmt die Bevölkerung positiv."



Robert Hafner, Grafenschlag: "Der Ausbau der Windenergie ist wichtig. Aber ohne Wildwuchs, den können wir nicht brauchen."



Peter Eisenschenk, Tulln: "Wildwuchs tolerieren wir nicht."

schutz keine Grenzen mehr kennen. Sie müssen in raumordnungspolitische Schranken gewiesen werden", so der Präsident des Umweltdachverbandes Gerhard Heiligenbrunner.

#### Bürgermeister begrüßen die **Novelle**

Auch die Bürgermeister und Gemeindevertreter in Orten mit bestehenden und geplanten Windkraftanlagen können die Novelle nur begrüßen. Der Bürgermeister von Prellenkirchen, Johann Köck, ist ein erfahrener Windparkförderer. Bereits seit 2001 stehen in der 1285 Einwohner großen Gemeinde 17 Windräder. Acht zusätzliche sind derzeit in Bau. "Ich halte sehr viel von Windenergie. Gerade bei uns im Bezirk Bruck an der Leitha liegt es auf der Hand in diese Form der Alternativenergie zu investieren", so Köck. Auch die Prellenkirchner Bevölkerung sei sehr positiv gegenüber der Windenergie eingestellt. Dabei setzt Köck unbedingt auf Bürgerbeteiligung. "Das war bei uns die Voraussetzung für die Errichtung des Windparks, und ich kann meinen Amtskollegen Bürgerbeteiligung nur wärmstens empfehlen. Damit wird die Bevölkerung informiert und ermutigt, aber vor allem positiv gestimmt."

Die Raumordnungsnovelle und damit den vorrübergehenden Baustopp für Windräder befürwortet Köck. "Ich habe in der letzten Zeit zunehmend bemerkt. dass der Druck zwischen Betreibern und Grundeigentümern zu groß

geworden ist. Die Stimmung war nicht mehr gut. Deswegen bin ich für die neue Regelung sehr dankbar", so Köck. Doch die Gemeinde im Industrieviertel besitzt nicht nur einen Windpark, sie informiert in einem Windinformationszentrum auch zum Thema Windenergie. "Wir haben das Zentrum 2003 gegründet, bis zu 1500 Besucher erkundigen sich jährlich bei uns - vor allem auch Schulklassen", sagt Köck. Klarstellen wolle Köck auch das Gerücht, dass die Grundstückspreise fallen würden, wenn Windparks gebaut werden. "Ich bin hauptberuflich Immobilienmakler und kann nur sagen, dass das Hirngespinste der Gegnerschaft sind."

Auch für den Bürgermeister der Waldviertler Gemeinde Grafenschlag, Robert Hafner, ist die Windkraft kein Neuland: Seit 15 Jahren gibt es in der Gemeinde zwei Windräder. Fünf weitere sollen noch gebaut werden. Mit einem der zwei Windräder wird der Gemeindebedarf abgedeckt, der gewonnene Strom des zweiten Windrades wird ins Stromnetz eingespeist. "Wenn wir es schaffen, die fünf weiteren zu errichten, können wir damit 20 Prozent des Bezirks Zwettl mit Windenergie versorgen. Das ist für uns ein wichtiges Ziel", so Hafner. Die Windenergie ist für den Bürgermeister und seine Gemeinde nicht mehr wegzudenken. Die neue Regelung des Landes befindet Hafner für längst notwendig. "Der Ausbau der Windenergie ist wichtig. Aber ohne Wildwuchs, den

können wir nicht brauchen", sagt Hafner. Dem Tullner Bürgermeister Peter Eisenschenk stehen Planung und Diskussion über Windräder noch bevor. Bis jetzt dreht sich im gesamten Tullner Bezirk zwar noch kein Windrad, aber jetzt wartet man die Untersuchung der Experten des Landes auf eine Eignungszone ab. "Wir stehen der Windkraft sehr positiv und offen gegenüber", sagt Peter Eisenschenk. Allerdings müssen die notwendigen Richtlinien erfüllt sein. "Die Windräder müssen optisch ins Landschaftsbild passen und naturschutzrechtliche Kriterien erfüllen. Wildwuchs tolerieren wir nicht. Das brauchen wir nicht und dafür gibt es jetzt auch die neue Raumordnungsnovelle", so Eisenschenk weiter. In Tulln sei man gespannt auf die Untersuchungen. Tatsache ist: "Mit vier Windrädern könnten wir die ganze Stadt Tulln versorgen. Das muss man sich schon sehr gut überlegen. Ich erachte die Windkraft als sehr sinnvoll. Mit ihr stärken wir auch die Kommunen", so Tullns Bürgermeister.

Vom vorläufigen Baustopp der Windräder wird man in Niederösterreich allerdings nicht viel mitbekommen. Denn bereits bewilligte Windräder oder Windanlagen werden auch in nächster Zeit errichtet werden. Einzig bei Neueinreichungen zeigt die neue Raumordnungsnovelle ihre Wirkung.

Siehe auch das Interview mit Landesrat Stephan Pernkopf auf der folgenden Seite.

"Es gibt **keinen Baustopp** für Windkraftanlagen"

Landesrat Stephan Pernkopf über die Diskussion über Windräder in NÖ



Pernkopf: Ja. Das ist von Beginn an außer Streit gestanden. Der niederösterreichische Landtag hat am 23. Mai einen einjährigen Widmungsstopp bei Windkraft beschlossen – die

"Wir wollen allen Regionen die Möglichkeit der Windkraftnutzung erhalten."

Zeit brauchen wir zum Erarbeiten eines neuen Raumordnungsprogramms das künftig ausweisen wird, wo noch Windräder errichtet werden können. Wichtig ist: Es gibt keinen Baustopp, denn wir haben eine lange Liste fertiger Projekte und viele Projekte, die gerade in Verfahren sind. All diese Anlagen werden planmäßig in den nächsten Jahren gebaut. Landeshauptmann Erwin Pröll



hat klargestellt: "Die Energiewende in Niederösterreich ist unumkehrbar". Selbstverständlich halten wir an den Energie- und Klimazielen fest und werden diese auch erreichen.

# Wo in Niederösterreich könnten Eignungszonen für neue Windräder entstehen?

Wir wollen allen Regionen die Möglichkeit der Windkraftnutzung erhalten. Es gibt zwei Prämissen: Erstens: Die Verdichtung bestehender Windparks. Zweitens: Eine möglichst ausgewogene Verteilung über das Land. Die Details werden unabhängige Sachverständige in den kommenden Monaten und in Abstimmung mit den Regionen erarbeiten.

#### Wie geht das Land mit Gemeinden um, die bereits Verträge mit Windkraftbetreibern abgeschlossen haben, aber keine Bewilligung haben?

Alle Projekte, die einen gültigen Gemeinderatsbeschluss für die Widmung der Windkraftanlagen vor dem 23. Mai 2013 haben, können wie gehabt – ohne Verzögerung – in die Verfahren gehen. Auch für andere Projekte, bedeutet der Widmungsstopp nicht das Ende. Bei guter Zusammenarbeit aller Interessensgruppen können binnen der Jahresfrist die Zonen für die künftigen Errichtungsstandorte festgelegt werden. Projekte, sofern sie in den neu ausgewiesenen Zonen liegen, können dann weitergeführt werden.

# EVN Windmessung für Kleinwindkraft-Anlagen



#### **Professionelle Messung sichert Standort und Ertrag.**

Große Hoffnungen für unsere künftige Energieversorgung werden heute in dezentrale (Klein-)Kraftwerke gesetzt, die Strom nahe am Verbraucher erzeugen. Neben den mittlerweile etablierten Photovoltaik-Anlagen drängen zunehmend auch Kleinwindanlagen auf den Markt, welche die Windenergie zur Stromerzeugung nutzen.

#### Potenzial in Niederösterreich

Um gute Energieerträge zu erhalten, benötigt eine Windkraft-Anlage möglichst konstante Windleistung. Ähnlich wie bei der Sonnenenergie steht und fällt also die Wirtschaftlichkeit der gesamten Anlage mit dem gewählten Standort.

Vor allem im ländlichen Bereich in Niederösterreich weist der Windatlas Gebiete auf, die sich für die Errichtung von Kleinwindkraft-Anlagen eignen. Was auf den ersten Blick allerdings wie ein geeigneter Standort aussieht, kann sich bei näherer Betrachtung leicht als zweite Wahl herausstellen: Kleinwindkraft- Anlagen nutzen ausschließlich bodennahe Winde zur Energieerzeugung. Diese werden von vielerlei Faktoren mehr oder weniger günstig beeinflusst: Schon umliegende Bauwerke, Hügel oder sogar Bäume können dazu führen, dass der Ertrag viel geringer ausfällt als erwartet. Vor jeder Investitionsentscheidung sollte daher der geplante Standort eingehend geprüft werden.

#### Schritt für Schritt zum Ziel - mit dem EVN Energieberater

Gehen Sie bereits in der Planungsphase auf Nummer Sicher. Im ersten Schritt wird Ihr geplanter Aufstellungsort von einem EVN Energieberater besichtigt, um die Geländeeinflüsse hinsichtlich der zu erwartenden Windgeschwindigkeiten zu beurteilen. Mit diesen Ergebnissen wird auf Basis des Windatlas die durchschnittliche Windgeschwindigkeit über 12 Monate auf der geplanten Nabenhöhe ermittelt. Auf dieser Grundlage empfehlen wir Ihnen entweder die Suche nach einem anderen Standort oder eine Windmessung für den bereits untersuchten Aufstellungsort.

Denn nur eine Windmessung gibt Auskunft über die Art und Richtung der herrschenden Winde. Diese Daten sind entscheidend für die Wahl des Anlagentyps.

#### Die EVN liefert Ihnen eine fundierte Entscheidungsgrundlage für Ihre geplante Investition

- → Professionell: Standortbegehung und Windmessung vom erfahrenen Experten
- -> Aussagekräftig: Standortanalyse und Messung genau dort, wo der Wind später das Windrad antreiben wird – auf Nabenhöhe
- → Zuverlässig: Professionelle Windsimulation über 12 Monate; die lokal gemessenen Windleistungen werden mit Daten umliegender Wetterstationen verglichen, um saisonale Schwankungen zu bereinigen



#### In drei Schritten zur professionellen Kleinwindkraft

- -> Schritt 1: Windkraft-Potentialanalyse Vor-Ort-Begehung und Erstabschätzung des Windaufkommens 380,- Euro (inkl. USt)
- → Schritt 2: Windmessung Durchführung der Windmessung (Dauer: ca. 3 Monate) 2.500,- Euro (inkl. USt)
- → Schritt 3: Ankauf einer Kleinwindkraft-Anlage Die EVN berät Sie gerne beim Kauf Ihrer Kleinwindkraft-Anlage.

#### **EVN Windmessung**

Jetzt Termin vereinbaren!

EVN Kleinwindkraftwerk 0800 800 777 oder kleinwindkraftwerk@evn.at.

# Das Comeback des **Gemeindepolizisten**

Interview mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner

Sie haben gemeinsam mit Gemeindebund-Präsident Mödlhammer eine gemeinsame Initiative von Innenministerium und Gemeindebund vorgestellt, deren Ziel es ist, für mehr Sicherheit in den Gemeinden zu sorgen. Viele Gemeinden fürchten, dass das nur auf eine Imagekampagne hinausläuft, die aber die objektive Sicherheit nicht weiter verbessert.

Voltaire hat gesagt: "Das Bessere ist des Guten Feind." Für unsere Polizei ist das ein dauernder Auftrag. Wir wollen einerseits das subjektive Sicherheitsgefühl stärken und andererseits die objektive Sicherheit verbessern. Daher haben wir gemeinsam mit dem Gemeindebund ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet. Dabei gibt es drei Schwerpunkte:

Der erste sind die sogenannten "Gemeindestammtische", zu denen der Bürgermeister einen Polizeiinspektor und die Bürgerinnen und Bürger einlädt, um die Sicherheitssituation im Ort zu besprechen. Die Polizei erfährt dabei viel über die konkreten Sorgen und Ängste der Gemeindebürger, und die Bürger werden darüber informiert, welche Maßnahmen die Exekutive setzt, um die Sicherheitslage zu verbessern.

Der zweite Schwerpunkt sind Netzwerkveranstaltungen, die jedes halbe Jahr stattfinden sollen. Zu diesen Veranstaltungen laden Bürgermeister und Polizei vor allem die Meinungsbildner in den Gemeinden – also Vereinsobleute, Ärzte, Gewerbetreibende etc. – ein, um gemeinsam ein genaues Bild der Sicherheitslage in der Gemeinde und der Region zu erstellen und daraus Maßnahmen abzuleiten.

Der dritte Punkt ist die Einführung des "Gemeindepolizisten", der das Gesicht der Exekutive im Ort sein soll. Dadurch soll der Kontakt von Bevölkerung und Polizei intensiviert werden. Dadurch ergeben sich nicht nur polizeiliche, sondern auch gesellschaftliche Aufgaben.

#### Inwiefern übernimmt die Polizei gesellschaftliche Aufgaben?

Ein Beispiel wäre, wenn es in einer Gemeinde einen Park gibt, der zu wenig beleuchtet ist, und wo die Bevölkerung nachts Angst hat, überfallen zu werden. Hier ist die Polizei aufgefordert, eine Lösung zu finden – beispielsweise durch eine bessere Beleuchtung oder mehr Streifen. Dadurch steigt das Sicherheitsgefühl und es wird eine Präventivmaßnahme gesetzt, dass es zu keinen kriminellen Handlungen kommt.

# Ab wann beginnt man mit der Umsetzung des Sicherheitskonzepts in den Gemeinden?

Der Erlass ist bereits bei den Landespolizeidirektionen. Jetzt geht es darum, dass die Landespolizeidirektionen die Maßnahmen mit den Bezirkspolizeikommandanten besprechen, damit diese dann auf regionaler Ebene umgesetzt werden.

#### Wie soll das Konzept "Gemeindepolizist" funktionieren, wo es doch in vielen Gemeinden keinen Polizeiposten mehr gibt?

Natürlich ist eine Polizeiinspektion oft für mehrere Gemeinden verantwortlich. Aber auch in Orten, wo es keinen Posten gibt, sollen die Fußstreifen ver-



"Wir wollen einerseits das subjektive Sicherheitsgefühl stärken und andererseits die objektive Sicherheit verbessern."

stärkt werden. Das heißt, dass der Beamte mit dem Auto in den Ort fährt und dann dort zu Fuß unterwegs ist. Durch diese Präsenz sollen bereits im Vorhinein Anzeigen verhindert werden. Damit fällt bürokratische Aufwand weg, der viel Zeit einnimmt. Diese gewonnene Zeit kann genutzt werden, um in den Gemeinden unterwegs zu sein.

Wir wissen, dass das Projekt erfolgversprechend ist, weil wir es bereits im Burgenland umgesetzt haben. Dort erhalten wir laufend ein äußerst positives Feedback. Darüber hinaus wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und laufend evaluiert.

Ein Anliegen ist den Gemeinden die Reduktion von Einsichtpflichten, etwa





"Auch in Orten, wo es keinen Polizeiposten gibt, sollen die Fußstreifen verstärkt werden."



Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Gespräch mit NÖ Gemeinde-Chefredakteur Helmut Reindl.

blik. Das muss gehegt und gepflegt werden, und ich bin sehr froh, dass sich so viele Menschen am gesellschaftlichen Leben beteiligen.

#### Eine aktuelle Studie des IFES-Instituts im Auftrag des Sozialministeriums zeigt, dass die Zahl der Mensch, die sich als Freiwillige engagieren, sogar steigt. Worauf führen Sie das zurück?

In Zeiten der Globalisierung ist wieder die kleine Einheit gefragt. Dort, wo man sich auskennt und die Menschen kennt, ist man bereit sich zu engagieren. Das vergangene Jahr war ja das "Europäische Jahr der Freiwilligen" und wurden zahlreiche Initiativen gesetzt, um das Engagement der Bevölkerung zu erhöhen. So hat das Innenministerium als oberste Vereinsbehörde fast jede Woche eine Veranstaltung mit Informationen über das Vereinswesen abgehalten. Auch die Freiwilligenmesse, die voriges Jahr das erste Mal stattfand, war ein großer Erfolq.

#### Sie haben eine Kampagne gestartet, mit der KMU auf die Gefahren von Internetkriminalität aufmerksam gemacht werden. Wie sehr sind Gemeinden von Cyber-Kriminalität bedroht?

Internetkriminalität nimmt massiv zu. Im Vergleich zum letzten Jahr gab es einen Anstieg von 150 Prozent! Die Gemeinden sind davon in gleichem

#### in das Wählerverzeichnis. Könnte man das nicht alles einfach ins Internet stellen, um damit die Gemeindemitarbeiter zu entlasten?

Das wäre aus datenschutzrechtlichen Gründen problematisch. Schließlich könnten dann beispielsweise Firmen ganz einfach an die Daten sämtlicher Bürger einer Gemeinde gelangen. Das ist nicht gewünscht.

#### Wie steht es um das Zentrale Wählerregister?

Das Zentrale Wählerregister soll eine Verbesserung der direkten Demokratie bringen. Herzstück wäre eine vollkommen neue Administration von Volksbegehren. Für die Gemeinden brächte das Zentrale Wählerregister den Wegfall sowohl des Erfordernisses der Datenübermittlung an das Innenministerium für die bestehende Zentrale Wählerlevidenz als auch für die Zentrale Europa-Wählerevidenz. Das würde dann auf Knopfdruck gehen.

Der Start war für 2014 geplant. Für die Einführung wäre eine Zweidrittelmehrheit im Parlament nötig. Leider haben die Oppositionsparteien bisher nicht zugestimmt, sodass eine Einführung vor der Nationalratswahl nicht mehr möglich ist.

#### Sie haben sich vor der Volksbefragung sehr für die Beibehaltung von Wehrpflicht und Zivildienst engagiert. Wie zufrieden sind Sie mit den Reformvorhaben, die in Angriff genommen

Die Volksbefragung war mir ein großes Anliegen, weil es dabei nicht nur um eine sicherheitspolitische, sondern auch um eine gesellschaftspolitische Frage ging. Ich bin dankbar, dass sich die Bevölkerung für die Beibehaltung von Wehr- und Zivildienst entschieden hat. Denn gerade Wehr- und Zivildienst sind die Lebensadern der Ehrenamtlichkeit.

Das gemeinsame Miteinander ist eine wichtige Grundlage unserer RepuMaß betroffen wie die Wirtschaft und andere Behörden. Besonders gefährdet ist die kritische Infrastruktur, also Wasserwerke, Kläranlagen, Elektrizität etc.

Um für Cyber-Sicherheit zu sorgen, ist eine enge Allianz von Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern nötig, die wir derzeit herstellen.

Bei unserem Gespräch nach Ihrem Amtsantritt haben Sie sich dafür ausgesprochen, dass in Gemeinden mit hohem Migrantenanteil Leitbilder zur Verbesserung der Integration entwickelt werden. Was ist seither passiert?

Staatssekretär Kurz steht in engem Kontakt mit den Landeshauptleuten, um zu informieren. In den letzten Monaten ist in diesem Bereich viel passiert, um das Klima in diesem Bereich zu verbessern. Es gibt auch bereits konkrete Leitbilder. Vorzeigeregion ist dabei Vorarlberg. Dort wurden sowohl für das Land, als auch für Gemeinden Leitbilder entwickelt. In Niederöster-

reich gibt es im Bereich der Landesakademie eine Initiative für Integration.

Weitere Punkte, die Sie damals als wichtige Anliegen genannt haben waren die Umsetzung des Fremdenrechtsänderungsgesetzes, die Strategie INNEN.SICHER sowie der Kampf gegen Cyber-Kriminalität. Was hat sich in diesen Bereichen seither getan?

Das Fremdenrechtsänderungsgesetz wurde beschlossen, und wir können jetzt mit gutem Recht sagen, dass wir in Österreich eines der modernsten Asylwesengesetze haben. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben, und wir sind dabei, das neue Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl zu schaffen. Damit sollen Antragstellungen und die Abwicklung von Asylanträgen noch schneller möglich werden.

Im Rahmen der Strategie INNEN.SICHER haben wir die größte Behördenreform der Zweiten Republik umgesetzt. Es ist uns gelungen, aus 31 Behörden neun Landespolizeidirektio-



"Dort, wo man sich auskennt und die Menschen kennt, ist man bereit sich zu engagieren."

nen zu machen. Dadurch sind wir in der Verwaltung schlanker und gleichzeitig schlagkräftiger geworden.

Das Interview führte Helmut Reindl

### Kommunalmesse heuer in Linz

#### Am 11. September kann am Praxistag Vieles getestet werden

ach dem großen Erfolg im Vorjahr in Tulln gibt es heuer in Linz eine Kommunalmesse. Rund 120 Aussteller werden dort von 11. bis 12. September alles präsentieren, was für Gemeinden und ihre Mitarbeiter relevant ist.

Wie im vergangenen Jahr gibt es auch wieder einen Praxistag, der sich vor allem an Amtsleiter, Bauhof- und Verwaltungsmitarbeiter richtet. Sie können zahlreiche Produkte vor Ort begutachten und ausprobieren. Vorführungen, Workshops und Gewinnspiele runden das Programm ab.

Eröffnet wird die Kommunalmesse am Mittwoch, 11. September im Linzer Designcenter durch die Präsidenten des Österreichischen und des Oberösterreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer und Hans Hingsamer. Im Designcenter wird auch die Jahrestagung des FLGÖ abgehalten.

Die Kommunalmesse findet traditionell wieder gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindetag statt. Dessen Motto lautet heuer "Zukunft. Gemeinsam. Gestalten." Der Gemeindebund will damit die Entschlossenheit und den Willen der Gemeinden, die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen, demonstrieren.

Der Gemeindetag wird am Donnerstag, 12. September von Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer eröffnet.

#### Information

www.diekommunalmesse.at www.gemeindetag.at



Praxistag auf der Kommunalmesse im vergangenen Jahr in Tulln.

# Rotes Kreuz NÖ: Wir sind da, um zu helfen

Der Rettungsdienst als Teil der Daseinsvorsorge in Österreich

ie Anforderungen wie auch der Kostendruck auf das öffentliche Gesundheitswesen werden in Zukunft weiter steigen. Dieser Umstand trifft auch auf den Rettungsdienst zu. Dennoch ist es schwierig, klare Prognosen zu erstellen. Es ist derzeit nicht absehbar, wie stark die Initiativen der Europäischen Union und in weiterer Folge in der nationalen Gesetzgebung – in die Regelung des Vergaberechts und die Definition der Daseinsvorsorge eingreifen. Werden entsprechende Regelungen für  $\S$ den Rettungsdienst verabsäumt, wird ein künstlicher Markt geschaffen und der gesteigerte Wettbewerb führt zu einer stark fragmentierten Rettungslandschaft in Niederösterreich.

#### Die Säulen des Rettungsdienstes in Niederösterreich

 Freiwilligkeit ist das "Grundnahrungsmittel" einer funktionierenden Gesellschaft. Ohne Freiwilligkeit sind Rettungsdienst und Katastrophenhilfe in der derzeitigen Form nicht aufrecht zu erhalten.



Peter Kaiser, Rotes Kreuz Niederösterreich. "Wie gut wir helfen können, hängt wesentlich von den zukünftigen Rahmenbedingungen ab."



"Zivilisation bedeutet, sich gegenseitig zu helfen – von Mensch zu Mensch, von Nation zu Nation." – Henry Dunant, geboren als Jean-Henri Dunant

- Österreich wird immer älter. Das Durchschnittsalter der Österreicherinnen und Österreicher wird in den nächsten 20 Jahren stark steigen. Der Rettungsdienst wird stärker gefordert, die Aufrechterhaltung aber schwieriger. Die Weichen für einen funktionierenden Rettungsdienst müssen heute gestellt werden.
- Der Rettungsdienst ist Teil der Daseinsvorsorge in Österreich. Wettbewerb nach dem Motto "Geiz ist geil" ist gerade in der Daseinsvorsorge nicht zielführend.
- Das Finanzierungsmodell des österreichischen Rettungsdienstes entspricht nicht mehr der aktuellen Dienstleistung. Im Sinne der Patientinnen und Patienten soll nicht ausschließlich der Transport sondern die optimale Behandlung und Betreuung finanziert werden.
- Klare Zukunftsprognosen zum Rettungsdienst sind schwierig. Doch wir arbeiten schon jetzt am Rettungsdienst von morgen – aus Liebe zum Menschen.

"Wir sind da, um zu helfen. Das wird

auch in Zukunft die Hauptmotivation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst sein", erklärt Landesgeschäftsführer Peter Kaiser, Rotes Kreuz Niederösterreich. "Wie gut wir helfen können, hängt jedoch wesentlich von den zukünftigen Rahmenbedingungen ab."

### Flächendeckende Qualität durch lokale Netzwerke

Das Rotkreuz-Netzwerk mit seinen Freiwilligen in Rettungsdienst und Katastrophenhilfe ist überall präsent. So ist auch der österreichische Rettungsdienst stark lokal verankert. Dabei tragen strukturstarke Regionen bzw. Dienststellen strukturschwächere Regionen mit und die Qualität kann nach dem Solidaritätsprinzip österreichweit gehalten werden. Pickt man durch eine Kommerzialisierung des Rettungsdienstes in einzelnen Regionen sozusagen die Rosinen aus dem Kuchen, kollabiert das System: neben dem Rettungsdienst ist dann auch die hauptsächlich von Freiwilligen aus dem Rettungsdienst getragene Katastrophenhilfe in der derzeitigen Form nicht mehr durchführbar.

# Hochwertige Kinderbetreuung

Die NÖ Ferienbetreuungsaktion 2013

ereits seit vielen Jahren unterstützt das Land Niederösterreich Gemeinden und Vereine bei der Durchführung und Gestaltung von Ferienbetreuungsaktionen. "Wir wissen, dass die Betreuung der Kinder in der schulfreien Zeit oft eine zentrale Frage in den Familien darstellt. Es freut mich sehr, dass unsere Weiterentwicklung der Ferienbetreuungsförderung im Sinne unserer Familien auf große Zustimmung bei den Gemeinden und Vereinen trifft. Bereits im vergangenen Jahr konnten die Betreuungszahlen in den Ferien deutlich gesteigert und somit rund 4.500 Kinder in Niederösterreich betreut werden, das entspricht einer Steigerung von knapp 70 Prozent", erklärte Familienlandesrätin Schwarz bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit GVV-Chef Alfred Riedl.

#### Erfolg für neue Förderungsrichtlinien

Seit rund einem Jahr werden Gemeinden und Vereine in Niederösterreich mit deutlich verbesserten Förderungsrichtlinien im Rahmen der NÖ Ferienbetreuung unterstützt und dadurch zusätzlich zur Durchführung von Betreuungsaktionen und Gestaltung von pädagogisch hochwertigen Programmen motiviert. 250 Euro Unterstützung pro Gruppe und Woche können durch den Veranstalter beantragt werden, somit wird durch die Neugestaltung der Förderung nicht nur

#### Informationen

NÖ Familienhotline Tel.: 02742/9005-1-9005 www.noe-ferienbetreuung.at



GVV-Chef Alfred Riedl und Landesrätin Barbara Schwarz wollen berufstätigen Müttern und Vätern Unterstützung bieten.

pro Standort sondern jede vor Ort betreute Gruppe unterstützt.

Die Förderung zur NÖ Ferienbetreuung ist bereits ab einer Woche Ferienbetreuung möglich. Dafür muss der Veranstalter bestimmte Standards einhalten, etwa bei der Qualifizierung der Betreuungspersonen oder beim Betreuungsbeitrag. Die Eltern zahlen höchstens einen kostendeckenden Betrag für die Betreuung des Kindes, maximal jedoch 47 Euro pro Woche.

### Kindergarten-Öffnungszeiten nach Bedarf der Eltern

"Die NÖ Ferienbetreuung zeigt deutlich, wie Land und Gemeinden gemeinsam die Sorgen und Wünsche der Familien ernst nehmen und sie zielgerichtet unterstützen. Dies zeigt sich beispielsweise auch bei den Kindergarten-Öffnungszeiten, die sich ganz nach dem Bedarf der Eltern richten. Auch mit der

Schulischen Nachmittagsbetreuung haben Land NÖ und Gemeinden ein Angebot geschaffen, das Familien flexibel in Anspruch nehmen können. Heuer bieten bereits 314 Standorte Schulische Nachmittagsbetreuung an. Damit werden 11.000 Kinder in 600 Gruppen betreut. Und ab 1.7.2013 sollen durch zukunftsorientierte, nachhaltige und transparente Fördermöglichkeiten für Kleinstkinderbetreuung zusätzliche Angebote im ganzen Land entstehen. So ist ab diesem Datum beispielsweise für Tagesmütter keine Bedarfserhebung der Gemeinden mehr notwendig", zeigt sich Riedl erfreut.

Schwarz abschließend: "Wir werden auch weiterhin Angebote und Rahmenbedingungen für Eltern und Familien schaffen, die auf Wahlfreiheit und Flexibilität abzielen. Denn das ist es, was junge Menschen von der Familienpolitik in unserem Land erwarten."

# Mit Raiffeisen energieeffizient bauen und sanieren

Kostenoptimierte Gesamtlösungen für Investitionen in die Daseinsvorsorge

er Spielraum von Gemeinden zur Finanzierung dringend erforderlicher Investitionen für die Daseinsvorsorge wird immer geringer. Raiffeisen bietet kostenoptimierte Gesamtlösungen, die die lokale Wirtschaft einbinden und einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten.

Trotz knapper finanzieller Mittel müssen Gemeinden ihre öffentlichen Gebäude regelmäßig sanieren, veränderten Nutzungsbedingungen anpassen, auf ihre Energieeffizienz prüfen oder überhaupt neu bauen. Um die Finanzierung solcher kommunalen Bedürfnisse zu erleichtern und die Umsetwichtiger Projekte beschleunigen, bietet Raiffeisen attraktive Finanzierungsalternativen in Form von Gesamtlösungen aus einer Hand an. Eine dieser Lösungen heißt "Energieeffizientes Bauen und Sanieren", kurz EEBS.

"Gemeinden profitieren dabei vor allem von einer Optimierung der Lebenszykluskosten – gemeint sind die Investitionskosten plus die laufenden Energiekosten – durch eine bedarfsgerechte Finanzierung und einen garantierten Energiebedarf", nennt Sandra Windbichler von Raiffeisen-Leasing den Hauptvorteil. Mit EEBS können typische Anforderungen wie Betriebskostenlimitierung, Baukostenfixierung sowie die bevorzugte Einbindung von regionalen Gewerbebetrieben und die optimale Projektfinanzierung gleichzeitig erzielt werden.

#### Vorzeigemodell Zentralschule Marchegg

Wie gut EEBS in der Praxis funktioniert, zeigt das Beispiel der Stadtgemeinde

Marchegg. Die Gemeinde hatte bei ihrer Volks- und Hauptschule aufgrund des schlechten Zustands des Gebäudes sehr hohe Heizkosten und dringenden Sanierungsbedarf.

Neben der umfassenden energetischen Sanierung wurde das Schulgebäude um einen Zubau erweitert. Insgesamt konnte durch die nachhaltige Bauweise und die Umstellung auf ein ökologisches Heizsystem eine Energieeinsparung von ca. 775.000 kWh p. a. garantiert werden. Das entspricht einer Energiekosteneinsparung von ca. 85 Prozent und bedeutet eine erhebliche Entla- 🕏 stung des Gemeindebudgets. "Das 🖺 gesamte Bauvorhaben wurde unter minimaler Störung des Schulbetriebs und mit heimischen bzw. regionalen Gewerbebetrieben umgesetzt", freut sich Christian Pelzmann von der Raiffeisen Landesbank NÖ-Wien.

#### Alle Leistungen aus einer Hand

Raiffeisen fungierte bei diesem Vorzeigeprojekt als Generalunternehmer und übernahm die Fixkosten- und Energieverbrauchsgarantie sowie die Finanzierung. Für die technische Umsetzung und ein transparentes Kostenmanagement zeichnete die EQ Energie & Bau GmbH als Subunternehmerin verantwortlich. Voraussetzung für eine nachhaltige Projektabwicklung war eine ganzheitliche Planung, bei der sämtliche Details bereits vor Baubeginn definiert wurden.

#### Viele Vorteile durch eine innovative Lösung

Mit dieser Lösung profitierte die Stadtgemeinde Marchegg von einem garantierten Pauschalfixpreis, einer garantierten Energieeinsparung bzw. einem



Die Zentralschule in Marchegg

garantierten Energieverbrauch, der genauen Einhaltung der Baukosten, einer Identifizierung von Folgekosten im Vorfeld und einem minimalen Eigenaufwand, da Raiffeisen als kompetenter Ansprechpartner für alle Themenbereiche zur Verfügung stand.

#### Informationen

Raiffeisen-Leasing GmbH Mag. (FH) Sandra Windbichler Tel.: 01 71601-8068 E-Mail: sandra.windbichler@rl.co.at www.raiffeisen-leasing.at

Raiffeisen Landesbank NÖ-Wien AG Christian Pelzmann Tel.: 05 1700-92944 E-Mail: christian.pelzmann@ raiffeisenbank.at www.raiffeisenbank.at





# "ÖVP ist **einzige** Öko-Partei im Landtag"

#### Neuauflage des Raumordnungsprogramms wurde im NÖ Landtag beschlossen

ir, die VP Niederösterreich, sind die einzige Öko-Partei im NÖ Landtag", stellt Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger anlässlich der ersten Arbeitssitzung des Landtags fest. "Denn während wir uns für den Naturschutz einsetzen, haben sich die Grünen NÖ von diesem Thema längst verabschiedet", so Schneeberger weiter

### Widmungsstopp ist kein Baustopp

Zur Untermauerung seiner Aussage verwies er auf den Beschluss zur Änderung des Raumordnungsprogramm: "Während wir den Ausbau der Erneu-

erbaren Energie, den Umweltschutz sowie den Schutz unserer Landschaft unter einen Hut bringen wollen, agieren die Grünen gegen dieses Vorhaben und schlagen sich auf die Seite der Windkraft-Lobby." Dass diese ordnungspolitische Maßnahme, die einen Wildwuchs verhindern soll, richtig ist, wird auch von "einem unverdächtigen Zeugen wie dem Präsidenten des Umweltdachverbands Gerhard Heiligenbrunner bestätigt." Davon, dass der Widmungsstopp einem Baustopp gleich kommt, kann nicht die Rede sein: "Alle Projekte, die schon fertig in der Schublade liegen bzw. in einem UVP-Verfahren sind, können nach den bisherigen Regeln umgesetzt werden. Außerdem soll das neue Raumordnungsprogramm schon rund um den Jahreswechsel fertig sein. Dann stehen die neuen Zonen für Windkraft fest", hält Schneeberger fest.

### Schutz der Bienen und der landwirtschaftlichen Betriebe

Eine emotionale Debatte gab es über den Schutz der Bienen. Klubobmann Schneeberger: "Auch hier ist der schwierige Spagat zwischen dem Schutz der Bienen und dem Schutz unserer Landwirte erforderlich. Neben dem vorübergehenden Verbot von Neonicotinoiden durch die EU ist eine Erforschung aller Ursachen fürs Bienensterben und geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Bienenseuchen notwendig. muss die

VP-Klubobmann Klaus Schneeberger: "Beschlossener Widmungsstopp ist kein Baustopp für Windkraftanlagen in Niederösterreich." Foto: VPNÖ

Erforschung und Entwicklung von neuen Verfahren gegen Schädlinge wie den Maiswurzelbohrer unterstützt werden und jene Landwirte, die durch das Verbot dieser Beizmittel Schäden erleiden, Ausgleichsmaßnahmen erhalten."

### Vereinbarung für risikoaverse Finanzgebarung beschlossen

Anfang des Jahres wurde eine 15a-Vereinbarung zwischen Länder, Bund und den Gemeinden über risikoaverse Finanzgebarung vereinbart. "Wie schon vor der Wahl bzw. bei der Präsentation der neuen Zusammenarbeit mit der SPÖ angekündigt, haben wir diese Vereinbarung im Landtag beschlossen",

erklärt Schneeberger. Das notwendige Landesgesetz wird über den Sommer erarbeitet und im Herbst im Landtag beschlossen. Klubobmann Schneeberger: "Auch wenn im Bund die Oppositionsparteien blockieren, wird Niederösterreich seine Richtlinien auf alle Fälle anpassen!"

Kritik von VP-Klubobmann Schneeberger gibt es in diesem Zusammenhang an den Blauen, Grünen und dem Team Stronach im NÖ Landtag: "Wären diese drei Parteien verantwortungsvolle Parteien, würden sie sagen: 'Die Vereinbarung ist der erste Schritt', weiter an einer Lösung arbeiten und nicht die neuen Regeln für Finanzgeschäfte komplett ablehnen. Doch die FPÖ, Grüne und das Team Stronach im NÖ Landtag wissen nicht einmal, wie man das Wort Verantwortung schreibt!"

# Erste Schwerpunkte der neuen Regierungsperiode

Heiße Themen bei VP-Arbeitsklausur: Finanzen und Strukturreformen

nter dem Motto "Klarer Auftrag – klarer Plan – an die Arbeit" stellte Landeshauptmann Erwin Pröll die ersten Schwerpunkte der neuen Regierungsperiode

Wie der Landeshauptmann im Zuge einer Pressekonferenz bekannt gab, stehen dabei besonders die Themen Landesfinanzen und Strukturreformen im Focus.

#### Klarer Plan in Sachen **Finanzpolitik**

So halte man auch weiterhin an dem Ziel fest, ab 2016 ein ausgeglichenes Landesbudget zu erreichen, informierte Pröll. Das strukturelle Defizit solle pro Jahr um 50 Millionen Euro gesenkt werden, um bestehende Schulden abzubauen. Das Spekulationsverbot ist mittlerweile im NÖ Landtag beschlossen worden. Im Herbst soll ein entsprechendes Landesgesetz verabschiedet werden.

"Jeder Euro, den wir ausgeben, muss sehr sorgsam überlegt sein und muss optimal eingesetzt werden", betonte der Landeshauptmann. Daher werde in den kommenden Jahren ein klarer Schwerpunkt auf den Bereich Soziales gesetzt, für den rund 50 Prozent des Budgets vorgesehen sind, für den Bereich Arbeitsmarkt sind rund 25 Prozent reserviert. In wirtschaftlich starken Zeiten habe Niederösterreich eine Vorreiterrolle in Sachen Wirtschaftswachstum, Wissenschaft und Forschung übernommen, aber auch im Bereich Soziales, betonte Pröll. Nun wolle man in finanziell sensiblen Zeiten wieder eine Vorreiterrolle übernehmen: "Wir wollen sinnvoll sparen und gleichzeitig kraftvoll investieren."



Landesfinanzen und Strukturreformen sind die ersten Schwerpunkte des VP-Teams um Landeshauptmann Erwin Pröll in der neuen Regierungsperiode.

#### Doppelgleisigkeiten abbauen, Übersichtlichkeit erhöhen

Im Bereich der Regionalinitiativen wolle "Strukturen hinterfragen", kündigte Pröll weiters an: "Derzeit haben wir in Niederösterreich rund 100 Organisationseinheiten, über die Regionalinitiativen in verschiedenster

Form abgewickelt werden." Dadurch ergäben sich häufig "Überschneidungen von Leistungsangeboten", so der Landeshauptmann. Man wolle daher "straffere Strukturen schaffen", mit dem Ziel, "Doppelgleisigkeiten abzubauen und Übersichtlichkeit erhöhen."

#### NÖ Grüne weit weg von stolzer Umweltbewegung

Mit "scharfen Attacken" reitet VP-Landesgeschäftsführer Mag. Gerhard Karner gegen die NÖ Grünen und deren Sinneswandel im Politikverständnis: "Die Grünen sind in Niederösterreich mittlerweile zu einer frustrierten Querulanten-Truppe verkommen. Der Grund dafür liegt offensichtlich darin, dass sie im Gegensatz zu anderen Bundesländern hierzulande keinen Sitz in der Landesregierung erreicht haben und das Ergebnis bei der Landtagswahl noch immer nicht verkraften können."

Am augenscheinlichsten wird die

Frustration von Petrovic, Krismer & Co. in der aktuellen Debatte um die Windkraft: "Die ehemals stolze Umweltbewegung hat sich in dieser Frage um 180 Grad gedreht und stellt sich lieber auf die Seite von profitgierigen Lobbyisten, die in erster Linie wirtschaftliche Interessen verfolgen. Damit verlassen die NÖ Grünen endgültig jene Seite, die sich den Sorgen der Menschen widmet, den Bedürfnissen der Umwelt annimmt und dem Wohle des Landschaftsbildes dienen soll", betont der Landesgeschäftsführer.



Was Spenden an verschiedene örtliche Organisationen betrifft, kann der UFS einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Tätigkeit als Gemeinderat bzw. eine Gefahr für die diesbezüglichen Einkünfte nicht erkennen.

# Sind **Spenden** als Werbungskosten absetzbar?

Nein, sagt der Unabhängige Finanzsenat

#### von Raimund Heiss

Inwieweit können die im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Gemeinderat getätigten Spenden als Werbungskosten geltend gemachten werden?

#### Gesetzliche Grundlagen

Nach § 16 Abs 1 erster Satz EStG sind Werbungskosten die Aufwendungen oder Ausgaben zur Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung der Einnahmen. Gemäß § 20 Abs 1 Z 4 EStG dürfen bei den einzelnen Einkünften nicht abgezogen werden:

"4. Freiwillige Zuwendungen und Zuwen-

dungen an gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen, auch wenn die Zuwendungen auf einer verpflichtenden Vereinbarung beruhen."

### Anwendung auf den Sachverhalt

Nach § 138 BAO hat der Abgabepflichtige auf Verlangen der Abgabenbehörde in Erfüllung seiner Offenlegungspflicht die Richtigkeit seiner Anbringen zu beweisen. Kann ein Beweis nicht zugemutet werden, so genügt eine Glaubhaftmachung. Der Abgabepflichtige, der Werbungskosten als Aufwendungen berücksichtigt wissen will, hat das

Vorliegen dieser Aufwendungen daher entsprechend nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen.

Es ist hinsichtlich jeder einzelnen Ausgabe zu prüfen, ob und inwieweit Werbungskosten vorliegen. Aufwendungen müssen in einem Kausalzusammenhang zur politischen Tätigkeit stehen, um als Werbungskosten anerkannt zu werden.

Freiwillige Zuwendungen (Spenden) sind gemäß § 20 Abs 1 Z 4 EStG – unabhängig von ihrer Höhe – von einer Berücksichtigung als Werbungskosten ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Freiwilligkeit derartiger Zuwen-

dungen liegt nach herrschender Rechtsmeinung vor, wenn diese ohne zwingende rechtliche Verpflichtung des Gebers getätigt werden, oder auch dann, wenn die Zuwendung auf einer verpflichtenden Vereinbarung beruht, die verpflichtende Vereinbarung aber freiwillig eingegangen worden ist. Die herrschende Lehre definiert freiwillige Zuwendungen als Ausgaben, denen keine wirtschaftlichen Gegenleistungen gegenüberstehen und die ohne zwingende rechtliche Verpflichtung des Gebers getätigt werden. Sie stellen selbst dann Kosten der Lebensführung dar, wenn sie im Einzelfall durch betriebliche oder berufliche Erwägungen mitveranlasst sind.

Spenden, welche von einer Vielzahl von Steuerpflichtigen auch ohne Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit geleistet werden, sind nicht als Werbungskosten abzugsfähig. Sie unterliegen dem Abzugsverbot des § 20 Abs 1 Z 4 EStG.

Was Spenden an verschiedene örtliche Organisationen betrifft, kann der Unabhängige Finanzsenat (UFS) einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Tätigkeit als Gemeinderat bzw. eine Gefahr für die diesbezüglichen Einkünfte nicht erkennen. Die geleisteten Spenden - sei es auch die Wertschätzung um die Tätigkeit der jeweiligen Organisationen auszudrücken - stehen in keinerlei Zusammenhang mit der jeweils ausgeübten Tätigkeit als Gemeinderat. Spenden können nach Ansicht des UFS dann absetzbar sein, wenn sie einen direkt werbewirksamen Charakter haben. Tragen die betreffenden Leistungen nach dem Gesamtbild der Verhältnisse überwiegend die Merkmale von Unterstützungen im Interesse des Empfängers und steht damit die Spendenmotivation im Vordergrund, sind die Leistungen auch dann nicht als Werbungskosten abzugsfähig, wenn diese Leistungen mit einer gewissen Werbewirkung für den Geber verbunden sind.

Spenden können nach Ansicht des UFS dann absetzbar sein, wenn sie einen direkt werbewirksamen Charakter haben.

Auch die Ausgaben von im Rahmen von Veranstaltungen oder außerhalb gewährten Geschenken sind nach Ansicht des UFS nicht abzugsfähig, ausgenommen es erfolgt aus beruflichem Anlass. Für sämtliche Spenden ist eine berufliche Veranlassung nachzuweisen.

UFS 17.04.2012, RV/1243-W/11 wörtlich: "Obwohl Politiker angeblich in besonders hohem Maße Spenden und ähnliche Zuwendungen leisten müssen, ist dann, wenn kein Werbeeffekt erkennbar ist, die Abzugsfähigkeit zu versagen."

Zu beachten ist nach Ansicht des UFS auch, dass Spenden aus allen Bevölkerungsgruppen kommen und schon deshalb eine ausschließlich berufliche Veranlassung nicht anzunehmen ist. Der UFS in seiner Entscheidung vom 17.4.2012, RV/1243-W/11, abschließend: "Dies bedeutet mit anderen Worten, dass auch für einen Politiker die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes im selben Umfang wie für andere Berufsgruppen maßgeblich sind und besondere, im Ergebnis unsachliche, Begünstigungen, etwa in Richtung einer großzügigeren Auslegung des Werbungskostenbegriffes, nicht bestehen. Daher ist auch von einem Politiker nachzuweisen, inwieweit eine berufliche Veranlassung der jeweiligen Werbungskosten gegeben ist."



Mag. Dr. Raimund Heiss ist Finanzstadtrat in Neulengbach und Kommunalexperte bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH



# Kein Vorsteuerabzug für Grundstücke

Unabhängiger Finanzsenat (UFS) entschied im Fall einer Parkplatzanlage

#### von Raimund Heiss

ine Gemeinde hat in den Jahren 2002 und 2003 in ihrem Ortszentrum eine Parkplatzanlage bestehend aus Stellplätzen für Personenkraftwagen und Busse, eine öffentliche Toilettenanlage, eine Grünanlage sowie Gehsteige, Bänke und diverse Beleuchtungsanlagen errichtet und den Vorsteuerabzug geltend gemacht. Es erfolgte eine Betriebsprüfung. Bis zum Betriebsprüfungsabschluss sind keine Einnahmen aus einer Bewirtschaftung des Platzes erzielt worden.

#### Ansicht der Betriebprüfung

Nach Ansicht der Betriebsprüfung liegt eine Tätigkeit vor, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dient. Dafür spricht der Parkplatzmangel in der Gemeinde, die Nutzung des Platzes als Ruheraum mit Grünanlage und Bänken, die Errichtung einer allgemein zugänglichen WC-Anlage sowie der Beschluss des Gemeinderates vom 11. April 2002 betreffend Umwidmung in "Sonderfläche für multifunktionalen Dorfplatz für verschiedene Nutzungen wie Parkplatz, Veranstaltungsplatz, Eislaufplatz und verschiedene Freizeiteinrichtungen".

An der Errichtung und Gestaltung des Platzes hat daher ein "gesteigertes öffentliches Interesse" bestanden. Der geltend gemachte Vorsteuerabzug aus den Errichtungskosten der Anlage steht der Gemeinde nicht zu.

### Begründung der Gemeinde für Vorsteuerabzug

Seitens der Gemeinde wurde argumentiert, den Parkplatz neben der Verwendung als kostenpflichtige Kurzparkzone zumindest im Ausmaß von 15 bis 20 Prozent einer unternehmerischen Nutzung in Form der privatwirtschaftlichen Vermietung als Dauerparkplätze für umliegende Betriebe, als Busparkplätze, als Taxistände etc. zuzuführen. Wider Erwarten sei es noch zu keinen Abschlüssen entsprechender Mietverträgen gekommen.

Die technischen Voraussetzungen für die Parkregulierung durch eine Schrankenanlage seien bereits bei Errichtung des Parkplatzes in den Jahren 2002 und 2003 geschaffen worden. So seien im Zuge der Parkplatzerrichtung bereits die Inseln für die Schrankenanlage und sämtliche Strom- und Datenanschlüsse installiert worden. Aus Kostengründen habe die Schrankenanlage erst im Jahr 2006 angeschafft werden können. Ende 2006 sei es dann mit der Errichtung der Schrankenanlage zu einer endgültigen Realisierung der Parkpatzregulierung gekommen. Mit Datum 1. Dezember 2006 habe die Gemeinde die ersten Mietverträge abgeschlossen.

### **Entscheidung des UFS** 3.5.2010, RV/0153-I/07

#### Europarechtliche Grundlagen

Gemäß Art. 2 Z. 1 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuer - Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage (im Folgenden: 6. MwSt-RL) unterliegen der Mehrwertsteuer Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen, die ein Steuerpflichtiger als solcher im Inland gegen Entgelt ausführt. Nach Art. 4 Abs. 1 der 6. MwSt-RL gilt als Steuerpflichtiger, wer eine der in Absatz 2 genannten wirtschaftlichen Tätigkeiten selbständig und unabhängig von ihrem

Ort ausübt, gleichgültig zu welchem Zweck und mit welchem Ergebnis. Nach Art. 4 Abs. 2 der 6. MwSt-RL sind dies alle Tätigkeiten eines Erzeugers, Händlers oder Dienstleistenden, einschließlich der Tätigkeiten der Urproduzenten, der Landwirte sowie der freien Berufe und der diesen gleichgestellten Berufe. Als wirtschaftliche Tätigkeit gilt auch eine Leistung, die Nutzungen von körperlichen oder nichtkörperlichen Gegenständen zur nachhaltigen Erzielung von Einnahmen erfasst.

Art. 6 Abs. 2 lit. a der 6. MwSt-RL stellt die Verwendung eines dem Unternehmen zugeordneten Gegenstandes für den privaten Bedarf des Steuerpflichtigen, für den Bedarf seines Personals oder allgemein für unternehmensfremde Zwecke den Dienstleistungen gegen Entgelt gleich, wenn dieser Gegenstand zum vollen oder teilweisen Abzug der Mehrwertsteuer berechtigt hat.

Art. 17 Abs. 2 der 6. MwSt-RL normiert das grundsätzliche Recht des Steuerpflichtigen, von der von ihm geschuldeten Steuer die Vorsteuerbeträge abzuziehen, "soweit die Gegenstände und Dienstleistungen für Zwecke seiner besteuerten Umsätze verwendet werden".

#### Urteil des EuGH vom 12.2.2009, C-515/07, VNLTO

Das Urteil des EuGH vom 12. Februar 2009, C-515/07, Vereniging Noordelijke Landen Tuinbouw Organisatie (VNLTO), behandelt den Vorsteuerabzug einer juristischen Person, die einerseits wirtschaftliche Tätigkeiten ausübte, welche unter die Sechste MwSt-RL fallen, andererseits aber auch "nichtwirtschaftliche" Tätigkeiten, also solche, die nicht vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie



Im vorliegenden Fall ist nach Ansicht des UFS davon auszugehen, dass der im Jahr 2003 fertig gestellte Parkplatz in der Folge zur Gänze "nichtwirtschaftlich" verwendet wurde. Auf Grund dieser Art der Nutzung war ein Vorsteuerabzug im Streitjahr 2003 ausgeschlossen (Symbolfoto).

erfasst werden. In dem zitierten Urteils führte der EuGH (unter Hinweis auf sein Urteil vom 13. März 2008, C-437/06, Securenta) aus, dass die Vorsteuer auf Aufwendungen eines Steuerpflichtigen nicht abgezogen werden dürfe, soweit sie sich auf Tätigkeiten beziehe, die aufgrund ihres nichtwirtschaftlichen Charakters nicht in den Anwendungsbereich der 6. MwSt-RL fallen; für den Fall, dass ein Steuerpflichtiger zugleich steuerpflichtigen oder steuerfreien wirtschaftlichen Tätigkeiten und nichtwirtschaftlichen, nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallenden Tätigkeiten nachgeht, sei der Abzug der Vorsteuer nur insoweit zulässig, als die betreffenden Aufwendungen den wirtschaftlichen Tätigkeiten des Steuerpflichtigen zuzurechnen sind.

Der EuGH ist daher zu dem Ergebnis gelangt, dass Art. 6 Abs. 2 Buchstabe a und Art. 17 Abs. 2 der Richtlinie "auf die Verwendung von Gegenständen und Dienstleistungen nicht anwendbar sind, die dem Unternehmen für die Zwecke anderer als der besteuerten Umsätze des Steuerpflichtigen zugeordnet sind".

#### VwGH 24.6.2009, 2007/15/0192

Im Erkenntnis vom 24.6.2009, 2007/15/0192, hat der VwGH daraufhin ausgesprochen, es bestünden keine recht-

lichen Zweifel, dass Körperschaften öffentlichen Rechts der Vorsteuerabzug in Bezug auf Grundstücke (Gebäude) insoweit nicht gewährt werden darf, als diese Gegenstände dem hoheitlichen Bereich dienen.

#### Begründung des UFS

Im vorliegenden Fall ist nach Ansicht des UFS davon auszugehen, dass der im Jahr 2003 fertig gestellte Parkplatz in der Folge zur Gänze "nichtwirtschaftlich" im Sinne des EuGH-Urteils VNLTO verwendet wurde, hat doch die Gemeinde vor 2006 für das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf dem neu errichteten Zentrumsparkplatz keinerlei Entgelt verlangt. Auf Grund dieser Art der Nutzung war ein Vorsteuerabzug im Streitjahr 2003 jedenfalls ausgeschlossen.

Daran ändert laut UFS die Absicht der Gemeinde, den Parkplatz – zu einem bei der Errichtung noch nicht feststehenden Zeitpunkt und in einem bei der Errichtung noch nicht bestimmten Ausmaß – einer unternehmerischen Nutzung zuzuführen, nichts.



Das amtliche Verkehrsbezugssystem "GIP.nö" soll die Verkehrssicherheit erhöhen und zur Verkehrsvermeidung beitragen. Bei einer Informationsveranstaltung der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs wurde nun über die neue Plattform informiert. Im Bild: Bgm. Stefan Schuster (St. Georgen an der Leys), GVV-Vizepräsident Bgm. Karl Moser, Bgm. Renate Gruber (Gaming), Christoph Westhauser, Monika Kladnik und Bezirkshauptmann Johann Seper

# Parks und Plätze als Begegnungszonen

Sanja Turkovic über die "Initiative für soziale Freiraumgestaltung"

NÖ Gemeinde: Frau Turcovic, Sie haben die "Initiative für soziale Freiraumgestaltung" (ISOF) gegründet – eine Initiative für soziale Freiraumgestaltung in Städten und Gemeinden. Worauf zielt ihre Initiative genau ab?

*Turkovic:* Öffentliche Plätze und Parks sind ein Spiegel der Gesellschaft.

Der Verein ISOF will dazu beitragen, dass Politik, Verwaltung und Unternehmen Freiräume schaffen, in denen sich Menschen aller sozialen Gruppen in Respekt, Friede und Freude begegnen. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder beobachtet, dass Parks und öffentliche Plätze Brennpunkte für die Austragung sozialer Konflikte sind. Da sind zum einen die Kinder, die zu laut schreien, während andere Erholung suchen, oder Hundehalter, die ihre Hunde nicht an der Leine führen, sowie auch Einwanderer, die durch ihre Herkunft ein völlig anderes Verständnis von öffentlichen Räumen haben.

Deswegen sind wir mit unserer

Initiative der festen Überzeugung, dass man bereits bei der Planung dieser Plätze viele Konflikte von vornherein ausschließen könnte.

### Welche konkreten Überlegungen von ISOF gibt es dazu?

Das zentrale Element und zugleich die größte Herausforderung ist, Plätze und Parks zu schaffen, in denen sich einzelne soziale Gruppen auf Augenhöhe begegnen können und soziale Randgruppen wie Senioren, Kranke oder Migranten harmonisch integriert werden können. Als Grundlage für die Planung dienen zahlreiche Forschungsarbeiten zu diesem Thema.

Außerdem denken wir, dass bestehende kommunale Budgets für öffentliche Plätze wesentlich effizienter eingesetzt werden könnten, wenn man von Beginn an auf die sozialen Faktoren Acht gibt. Das notwendige Wissen dafür bringt der Verein bereits in der Planungsphase ein.

#### Zur Person Sanja Turkovic

Seit zehn Jahren beschäftigt sich Landschaftsarchitektin DI Sanja Turkovic intensiv mit der richtigen Gestaltung öffentlicher Plätze. Im Jahr 2010 entwickelte sie mithilfe von Wolfgang Lusak von Lusak Consulting das Konzept für eine Initiative für soziale Freiraumgestaltung. Es folgten Expertenforen. Die Diskussionen und Ergebnisse, sowie erste Praxis-Projekte waren



so ermutigend, dass Sanja Turkovic ISOF nun als Verein angemeldet hat, dem sie als Obfrau vorsteht.

Heute wird ISOF von der Wirtschaftkammer, dem Land Niederösterreich, dem Bundesministerium für Inneres, dem Sozialministerium und vielen Organisationen mehr unterstützt.

# Wie muss man sich die Umsetzung ihrer Initiative konkret in einer Stadt oder Gemeinde vorstellen?

Am Beginn jedes Projekts steht die Sozialraum-Analyse und eine Benutzerbedürfnisse-Erhebung. Grundlegend ist auch, dass wir die betroffenen Gruppen von Beginn an in das Projekt einbeziehen. Zudem ist die Zusammenarbeit der Gemeinde mit den Experten und den einzelnen Gruppen wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des Projekts. Jedes Projekt steht dabei für sich. Es gibt keine Lösungen, die sich über einen Kamm scheren lassen.

#### Gibt es bereits eine Stadt oder eine Gemeinde, in der Sie die Initiative umsetzen konnten?

Wir sind gerade dabei, in der Gemeinde Wiener Neudorf einen großen Park in einer Wohnhausanlage umzusetzen. Gemäß dem Motto, dass der Park für alle da sein soll, wurde er als Baum gestaltet. Die "goldene Bank" zieht sich dabei wie ein roter Faden durch das gesamte Areal. Sinnbildlich heißt es, wer sich auf sie setzt, gibt ein öffentliches Zeichen für mehr Toleranz ab. Dabei setzen wir auch in der Umsetzung auf die Einbeziehung vieler Gruppen, denn wo man selbst mitgewirkt hat, darauf ist man stolz und darauf achtet man auch später. Die goldene Bank wird beispielsweise von Lehrlingen gebaut. Oder die Kinder im benachbarten Kindergarten dürfen beim Einsetzen der Bepflanzung hel-

In diesem Park vereint sind Ruhezonen, soziale und sportliche Elemente und zwar so, dass einer den anderen nicht stören kann.

Das Interview führte Sotiria Taucher



Plan für den "Lebensbaum" in Wiener Neudorf. Dort soll in einer Wohnhausanlage ein großer Park entstehen. Gemäß dem Motto, dass der Park für alle da sein soll, wurde er als Baum gestaltet. Die "goldene Bank" zieht sich dabei wie ein roter Faden durch das gesamte Areal.

#### Pilotgemeinden aesucht!

Planen auch Sie in Ihrer Gemeinde demnächst einen Platz oder einen Park zu gestalten? Sanja Turkovic sucht noch Pilotgemeinden, die mit ihr gemeinsam Projekte umsetzen.

Das besondere Zuckerl: Sie bekommen nicht nur einen Park nach den nachhaltigen ISOF-Standards und werden zum Leuchtturmprojekt, sondern es gibt auch noch die Möglichkeit, das Projekt wissenschaftlich begleiten zu lassen. Interesse? Melden Sie sich einfach bei Sanja Turkovic,

E-Mail: office@sanja.co.at, Tel.: 0664/253 67 82

#### Welche Schritte sind notwendig, damit ein neuer Park nach den ISOF-Standards errichtet werden kann?

- Vorgespräche über die Zusammenarbeit
- Grundsätzliche Einigung in der Kommune über die Zusammenarbeit
- Start-Meeting mit den zuständigen Kommunal-Verantwortlichen unter Einbeziehung der Vertreter sozialer Gruppen zur Erstellung eines Ziel/Bedürfnis/Rahmenbedingungs-Katalogs
- Sozialraum-Analyse und Benutzerbedürfnisse-Erhe-
- Erarbeitung des architektonischen Vorentwurfs inkl. Kostenschätzungen
- Interne kommunalpolitische Abstimmung und Entscheidung
- Erstellung eines architektonischen Konzeptes und Detailplans mit verbindlichem Kostenplan

- Plan wird der Öffentlichkeit und relevanten Partnerorganisationen/Vertretern sozialer Gruppen präsentiert
- Installierung eines repräsentativen Beirats von Nutzer-Gruppen und Partnern
- Erstellung des endgültigen architektonischen Konzeptes und Detailplanes mit fixem Kostenplan &eventuell notwendige finale Zustimmung des Gemeinderats
- Baubeginn
- Bau-Aufsicht
- Fertigstellung und End-Kontrolle/Abschlussbericht
- Feierliche Eröffnung

Dieser grobe Rahmen kann und soll auf die spezifischen Anforderungen in den Gemeinden abgestimmt werden.





Eröffnung des letzten Streckenabschnitts des Laabentalradweges. WIR-Gründer Bgm. a. D. Johann Kurzbauer (Neulengbach), Bgm. Ernst Hochgerner (Neustift-Innermanzing), Bgm. Wolfgang Luftensteiner (Altlengbach), Bgm. Franz Wohlmuth (Neulengbach), Bgm. a. D. Franz Allmayer (Maria Anzbach), Bgm. Helmut Lintner (Brand-Laaben), Bgm. Josef Ecker (Asperhofen), Bgm. a. D. Wilhelm Groiss (Eichgraben)

# "Mehrwert für die Bevölkerung schaffen"

#### Die Wienerwald Initiativ Region will das Heimatgefühl stärken

ie Wienerwald-Gemeinden zwischen Wien und St. Pölten arbeiten in zahlreichen Bereichen eng zusammen. Bereits 1998 wurde dazu die Wienerwald Initiativ Region (kurz WIR) gegründet, die heute die Gemeinden Altlengbach, Asperhofen, Brand-Laaben, Eichgraben, Kirchstetten, Neulengbach und Neustift Innermanzing umfasst.

"Unser Ziel ist es, Mehrwert für die Bevölkerung in der Region zu erzielen und die Lebensqualität zu verbessern", erläutert Obmann Franz Wohlmuth, Bürgermeister der Stadt Neulengbach. Wichtig ist dabei unter anderem, die Freizeitangebote der einzelnen Kommunen aufeinander abzustimmen. Im Vorjahr wurde ein Masterplan ausgearbeitet und auch vom Land Nieder-

Informationen www.wir-region.at

österreich bewilligt. Dabei wurden drei Schwerpunktfelder definiert:

1.Identität und Marketing2.Freizeit und Naherholung3.Verwaltung und Bürgerservice

Kürzlich wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt, um zu eruieren, was derzeit in der Region fehlt und wo Änderungsbedarf besteht.

Insgesamt verfolgt die WIR das Ziel, die Bevölkerung für die Kleinregion zu sensibilisieren und das Heimatgefühl zu stärken. Beginnen will man damit bereits bei den Kleinsten. "Die Sensibilisierung der der Volksschüler für die Heimatregion ist derzeit ein wichtiges Thema für uns", sagt Kleinregionsmanagerin Doris Hierstand. "Die Kinder sollen lernen, was eine Kleinregion ist und welche Gemeinden zu unserer Region gehören. Denn bei Schulausflügen lernen Kinder die Landes- und die Bundeshauptstadt kennen, wissen

aber nicht, welche Sehenswürdigkeiten es in ihrer näheren Umgebung gibt.", so Hierstand.

Bei den Erwachsenen soll das Netz attraktiver Wander-, Themen- und Radwege ins Bewusstsein gerufen werden. Gefördert werden sollen auch Kunst und Kultur – letztere im Bewusstsein, dass die Region kulturell-inspirierende Wirkung bereits auf Künstler wie Josef Weinheber oder Egon Schiele ausgeübt hat. Traditionen wie das WIR-Ferieneröffnungsfest und der WIR Mostkirtag werden auch in Zukunft beibehalten.

Auch bei Verwaltungsthemen rückt die Kleinregion näher zusammen: geeignete interkommunale Berührungspunkte werden unter die Lupe genommen. Ein wichtiges Infrastrukturprojekt

beispielsweise ist das Altstoffsammelzentrum in Neulengbach. Dort wird der Müll von drei Gemeinden aufbereitet. Mit zwei weiteren Gemeinden ist man derzeit in Verhandlungen.

### Rechtstipps aus der Praxis

Wer vertritt die Gemeinde?

m Zusammenhang mit Auseinandersetzungen aus einem von der ■ Gemeinde abgeschlossenen Optionsvertrag ist (wieder) die Frage aktuell geworden, in welchem Umfang der Bürgermeister die Gemeinde vertreten darf. Grundsätzlich gilt, dass der Bürgermeister die Gemeinde nach außen vertritt. Er ist Vorstand des Gemeindeamtes und Vorgesetzter der Gemeindebediensteten. Der Gemeinderat ist der von den Wahlberechtigten zu wählende Vertretungskörper der Gemeinde. Ihm sind der Bürgermeister, der Gemeindevorstand und allfällige sonstige Organe für die Erfüllung ihrer dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zugehörigen Aufgaben verantwortlich (Artikel 118 Abs 5 B-VG).

Für Niederösterreich gilt, dass im  $\S 35$  NÖGO 1973 die dem Gemeinderat im

eigenen Wirkungsbereich zur selbständigen Erledigung zugewiesenen Aufgaben taxativ aufgezählt sind.

So ist dem Gemeinderat unter anderem gemäß § 35 Z 22 lit a NÖGO 1973 die Willensbildung über den Erwerb, die Veräußerung, die Verpfändung oder sonstige Belastung von unbeweglichem Vermögen vorbehalten. Gemäß § 35 Z 20 leg cit bedürfen Rechtsgeschäfte, die außer- oder überplanmäßige Ausgaben auslösen, zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch den Gemeinderat. Weiters ist dem Gemeinderat gem § 35 Z 2 lit e NÖGO 1973 die Aufnahme oder Gewährung eines Darlehens, die Übernahme einer Bürgschaft oder einer sonstigen Haftung vorbehalten.

Laut Rechtssprechung sind die in den Organisationsvorschriften von juri-



Franz Nistelberger

stischen Personen des öffentlichen Rechts enthaltenen Handlungsbeschränkungen der zur Vertretung berufenen Organe auch im Außenverhältnis wirksam. Derartige Beschränkungen sollen nicht zuletzt auch die Interessen der juristischen Person selbst schützen. Der Gemeinderat fungiert also als entscheidendes Willensbildungsorgan. Rechtsgeschäfte, die eines Beschlusses des Gemeinderates bedürfen, diese Voraussetzung jedoch nicht erfüllen, sind bis zu dessen nachträglicher Genehmigung durch den Gemeinderat schwebend unwirksam und entfalten keine Rechtswirksamkeit. Das Verfahren ist im Instanzenzug, sodass das Berufungsurteil noch abzuwarten ist.

Dr. Franz Nistelberger ist Verbandsanwalt des Gemeindevertreterverbandes der VPNÖ

# WIR FÖRDERN DEN WICHTIGSTEN PLATZ AUF DER WELT: IHR ZUHAUSE.

N

IN NIEDERÖSTERREIC

Ganz egal, ob Wohnung, Reihenhaus oder eigenes Traumhaus, die **Wohnbauförderung** hilft bei der **Finanzierung**: beim Bau eines **Eigenheimes** und der **Sanierung**, mit dem **Wohnzuschuss**, mit mehr **Sicherheit** und der bestmöglichen **Lebensqualität bis ins hohe Alter** im eigenen Zuhause.

#### Informieren Sie sich jetzt!

Mit den **Gratis-Broschüren zu jedem Thema.** Schnell und unbürokratisch an der **NÖ Wohnbau-Hotline** 

Wohnbau-Hotline: 02742/22133

Mo - Do: 8 - 16 Uhr und Fr 8 - 14 Uhr

oder im Internet unter www.noe.gv.at



**DAS NÖ WOHNBAUMODELL** EINFACH. SOZIAL. NATÜRLICH.



# "Ohne LKW geht in diesem Land gar nichts"

Verärgerte Unternehmerin übersiedelt mit ihrer Firma von Wien nach NÖ

omana Steko-Papousek ist verärgert: Seit 19 Jahren ist die **O**ttakringerin mit ihrem Transportunternehmen STEKO-TRANS Ges.m.b.H .(ca. 60 Mitarbeiter) bereits in Wien tätig. Nun hat sie die Nase voll - vor allem von der Wiener Stadtpolitik. "Ich bin sehr enttäuscht von Wien. Man legt hier einfach keinen Wert auf kleine und mittlere Unternehmen. Als Unternehmer wird man in Wien regelrecht ausgeblutet", sagt Steko-Papousek empört.

#### Parkpickerl als Auslöser

Der Grund für den Ärger der Unternehmerin: Die Einführung des Parkpickerls in Wien-Ottakring. "Der administrative und finanzielle Aufwand seit der Einführung des Parkpickerls ist für mein Unternehmen mit 50 LKW nicht mehr tragbar. Ich müsste für jeden LKW ein Parkpickerl anmelden, obwohl immer nur ca. fünf Reserve-LKW hier abgestellt sind, jedoch nie dieselben LKW. Das ist reine Abzocke", sagt Steko-Papousek. Wenn das Parkpickerl wenigstens auf die Firma ausgestellt werden könnte und nicht auf das Kennzeichen, wäre vielen Betrieben in Wien sehr geholfen.

Als Übergangslösung parkt sie nun einige LKW in der Ottakringer Savoyenstraße im Wienerwald – eine Parkpickerl-freie Straße. Doch auch dort ist sie mit ihren "Brummis" nicht erwünscht. "Mit einer Hetze gegen LKW in der Bezirkszeitung will man uns auch von dort vertreiben."

Die KMU-feindliche Haltung der Stadt Wien möchte sie sich nicht mehr bieten lassen. Deswegen packt sie jetzt ihre Sachen, kehrt Wien den Rücken und zieht mit ihrem Unternehmen nach Niederösterreich - Konkret in die Gemeinde Judenau-Baumgarten im Bezirk Tulln. Leicht sei ihr die Entscheidung nicht gefallen. "Ich bin mit meinem Unternehmen jetzt seit 19 Jahren in Ottakring, und meine Familie lebt hier. Unter den gegebenen Umständen ist es aber nicht mehr möglich, mit meinem Betrieb in Wien weiterzuarbeiten. In Zukunft wird sich die Gemeinde Judenau über unsere Gemeindeabgaben freuen können." meint Steko-Papousek.

Das Grundstück habe die Unternehmerin im Gewerbepark in Judenau-Baumgarten bereits erworben. In den nächsten fünf Jahren plant sie mit ihrem Unternehmen zu übersiedeln und in NÖ einen Neuanfang zu starten.

#### Bevölkerung aufrütteln

Trotz des neuen Standortes wird Romana Steko-Papousek eines nie verstehen: "Jeder Mensch erwartet sich, dass die Geschäfte in der Früh mit frischen Waren versorgt sind, aber wie die Waren dorthin gelangen, das hinterfragt offenbar niemand." Ich möchte gerne die Bevölkerung aufrütteln, damit sich diese bewusst wird, dass in Österreich ohne LKW nichts geht! Die Waren, welche bequem im Internet bestellt werden, müssen auch ausgeliefert werden - vom LKW! Das Material für die Häuselbauer bringt ebenfalls der LKW! Die österreichischen Transporteure sind Systemerhalter und sorgen für die Versorgung in unserem Land! Doch leider wird dies weder bemerkt, noch anerkannt. Im Gegenteil: Man wird sogar noch bestraft, wenn der LKW in zweiter Spur abladen muss, weil die Ladezonen von PKW verparkt sind. Ich würde mir wünschen, dass unsere Branche in der Öffentlichkeit mehr geschätzt wird!"

Eine Lösung für das Parkpickerl-Problem hat Steko-Papousek mit dem Standortwechsel nach Niederösterreich nun gefunden. Doch die Stadt Wien verursacht durch die Verdrängung vieler Betriebe an die Peripherie ein verstärktes





Romana Steko-Papousek: "Jeder Mensch erwartet sich, dass die Geschäfte in der Früh mit frischen Waren versorgt sind, aber wie die Waren dorthin gelangen, das hinterfragt offenbar niemand."

Verkehrsaufkommen. "Meine langjährigen, geschätzten Mitarbeiter müssen durch den Standortwechsel in Zukunft jeden Tag in der Früh mit dem PKW (zwischen vier und fünf Uhr früh fahren die öffentlichen Verkehrsmittel noch nicht) nach Niederösterreich fahren, den LKW holen, und wieder nach Wien fahren, beim Kunden laden und die Waren ausliefern. Am Abend bringen meine Berufskraftfahrer den LKW

wieder nach NÖ, holen ihren PKW ab, um wieder nach Wien heimzukehren. Da stellt sich die Frage: Tut das dem Wienerwald und unserer Umwelt gut und trägt das zur Beruhigung des Verkehrs bei? Wie steht es mit der Lebensqualität der Mitarbeiter, wenn diese dann täglich pendeln müssen?"

Die Wiener Verkehrspolitik hat es leider verabsäumt, für strategische Logistikflächen in der Stadt zu sorgen.

Judenaus Bürgermeister Georg Hagl freut sich jedenfalls über die Neuansiedelung in seiner Gemeinde: "Wir sind in Niederösterreich sehr bemüht, Unternehmen einen attraktiven Standort zu gewährleisten. Der neue Bahnhof Tullnerfeld ist sicher ein zusätzlicher Anreiz. Aktionen wie das Parkpickerl in Wien zeigen, wie wirtschaftsfeindlich die Stadt agiert" so Georg Hagl.

## Die TOPOTHEK ist jetzt für alle offen

Neue Funktion für das regionalhistorisches Online-Archiv

ie TOPOTHEK ist ein regionalhistorisches Online-Archiv, das auf Gemeindeebene mit lokalen "Hobbhistorikern" umgesetzt wird. Jede und Jeder ist aufgerufen, etwas zu einer TOPOTHEK beizutragen. Die TOPOTHEK sammelt, archiviert, verortet und stellt Bilder, Dokumente, Karten sowie Bild- und Tondokumente im Internet für die Allgemeinheit zur Verfügung. Damit sollen historische Dokumente und Wissen für die nachfolgenden Generationen erhalten werden. Angeregt durch die Stadt Baden erhält die Topothek nun eine neue Dimension: Ab sofort können alle, die Material in einer Topothek zeigen möchten, dieses selbst hochladen und bearbeiten! Die einfache Arbeitsweise in einer Topothek macht dies möglich. Den Topothekaren verbleibt weiterhin die



Qualitätssicherung der Beschlagwortung. Bei Rückfragen kann der Topothekar mit den "Citizen Scientists", die Material selbst bearbeiten, in Kontakt treten.

www.topothek.at

Auf der Internetseite können - ähnlich wie bei Facebook - Personen markiert werden. Gemeindebürger können die Bilder ansehen, und wer weiß, um wem es sich auf dem Bild handelt, kann den Namen dazuschreiben.



Beim Seminar "Reden ohne Scheu" erhält man Tipps gegen Lampenfieber.

# Seminartipps für den Juni

Veranstaltungen der Akademie 2.1 für die erfolgreiche politische Arbeit

### Minderheitsgemeinden – spezial

Was die Gemeindeordnung alles kann

#### Inhalt:

- Minderheitsrechte
- Kontrollaufgaben/möglichkeiten einer Minderheit

#### Ihr Nutzen:

- Kennenlernen der formalen Vorgänge und Abläufe
- Strategisch richtiges Anwenden der Minderheitsrechte

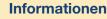
#### Termin:

Mi., 12. Juni, 18.00 bis ca. 22.00 Uhr Hotel am Sachsengang, 2301 Groß-Enzersdorf

#### Frauen spezial

4/4 Gespräche – "Mein Weg zur Bürgermeisterin"

Mit erfahrenen Bürgermeisterinnen über die Herausforderungen in der Kommunalpolitik sprechen, Erfahrungen austauschen und am eigenen Netzwerk bauen ...



Akademie 2.1 Tel.: 02742/9020-167 E-Mail: office@αkademie21.at www.akademie21.at Moderation: LGF Mag. Dorothea Renner, ÖVP Frauen

#### Industrieviertel-Gespräche:

Mit Bgm.in Beatrix Dalos und Bgm.in Michaela Vogl

**Termin:** Di., 18. Juni NÖ-Hof, 2821 Lanzenkirchen

#### Krisenkommunikation

Der Zufall ist der schlimmste Feind ...

#### Inhalt:

- Vor der Krise: potentielle Risiken erfassen und organisatorische Vorbereitungen
- In der Krise: routiniert und souverän kommunizieren

#### Ihr Nutzen:

- Überblick über Krisenpotentiale in einer Gemeinde
- Anhand realer Beispiele die Dynamik von Medien in Krisensituationen verstehen

#### Termin:

Fr., 21. Juni, 9.00 bis 16.00 Uhr Cityhotel Stockerau, 2000 Stockerau

#### Reden ohne Scheu

Praxistraining für gelungene Statements vor mehreren Zuhörern

#### Inhalt:

- Stressabbau-Strategien
- Sofort-Tipps gegen Lampenfieber
- Einführung in die Körpersprache

#### Ihr Nutzen:

- Stress und Redeangst überwinden
- Halt finden und Kontakt zu Ihrem Publikum aufnehmen

#### Termin:

Fr., 14. + Sa., 15. Juni Fr. 16.00 bis 21.00 Uhr, Sa. 9.00 bis 17.00 Uhr Hotel Steinberger, 3033 Altlengbach

#### Der Prüfungsausschuss

Prüfungsarbeit in der Praxis

#### Inhalt:

- Gesetzliche Grundlagen
- Kassenbestandsaufnahme
- Buchhaltung

#### Ihr Nutzen:

- Übungen anhand von praktischen Beispielen
- Erfahrungsaustausch und Diskussion

#### Termin:

Sa., 22. Juni, 9.00 bis ca. 17.00 Uhr Hotel Exel, 3300 Amstetten



# KOMMUNALMESSE 3

VERTIEFEN SIE IHR KOMMUNALES NETZWERK UND

PRÄSENTIEREN SIE IHR UNTERNEHMEN

AUF ÖSTERREICHS GRÖSSTER WIRTSCHAFTSSCHAU FÜR GEMEINDEN

IM RAHMEN DES 60. ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES!

10.000 m<sup>2</sup> AUSSTELLUNGSFLÄCHE

IHRE IDEEN. LÖSUNGEN, PRODUKTE UND DIENSTLEISTUNGEN FÜR GEMEINDEN

ENTSCHEIDER **UND ANWENDER** 

**AUS ÖSTERREICHS** 2.357 GEMEINDEN

16,7 MRD. EURO

**AUSGABEN DER** GEMEINDEN JÄHRLICH \*

Dialog Wirtschaft Vernetzung Gemeinde

# JETZT ANMELDEN!

INFORMATION UND ANMELDUNG: ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

TEL: 01/532 23 88-33

MAIL: MESSE@KOMMUNAL.AT

NEUE WEBADRESSE:

WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT



### DIE SENSATIONELLE KUNSTSTOFFEISBAHN FÜR FREIZEIT & SPORT





**Greenice im Praxiseinsatz:** Diese Anlage in Wr. Neustadt wurde 2012 in Betrieb genommen energieeffizient
langlebig
kostengünstig
umweltschonend

www.kommunalbedarf.at

Alles für Ihre Gemeinde. Einfach. Schnell. Unbürokratisch.

Greenice bietet Ihnen mobile und multifunktionale Eisbahnen aus Kunststoffplatten für den Innen- und Außenbereich: Volles Eislaufvergnügen ohne Eis, witterungsunabhängig, günstig in Erhaltung und Betrieb!

Information und Beratung: Tel: 01/532 23 88-40



### Für den Erhalt unserer Wassernetze

#### VOR SORGEN-Informationsveranstaltung am 26. Juni in St. Pölten

In Niederösterreich sind 91 Prozent der Bevölkerung an öffentliche Trinkwassernetze und 93 Prozent an öffentliche Abwassersysteme angeschlossen. Jetzt gilt es, Versorgung und Entsorgung langfristig und auf gutem Niveau zu sichern.

Das Land Niederösterreich beteiligt sich an der Initiative VOR SORGEN – für den Erhalt der Trinkwasser- und Abwassernetze, einem gemeinsamen Projekt von ÖWAV und ÖVGW mit dem Städteund dem Gemeindebund, allen Bundesländern sowie dem Lebensministerium. Bei der VOR SORGEN-Informationsveranstaltung am 26. Juni im Landtagssitzungssaal in St. Pölten werden Strategien zum Erhalten und Sanieren der Trinkwasser- und Abwassernetze präsentiert und diskutiert. Dazu sind Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte

sowie Vertreter von Wasser- und Abwasserinfrastruktureinrichtungen eingeladen

Die Veranstaltung beginnt um 14 Uhr mit der Vorführung einer Kanalinspektion, die der Gemeindeabwasserverband Amstetten präsentiert.

#### Programmpunkte

- Interviewrunde mit den GVV-Präsidenten Alfred Riedl und Rupert Dworak
- Präsentation der Initiative VOR SORGEN durch Dorith Breindl vom Lebensministerium
- Präsentation des Online VOR SORGE-Checks
- Maßnahmen der Gemeinde Neustadl/Donau, Bgm. Franz Kriener
- Maßnahmen der Stadtgemeinde Traiskirchen, Vbgm. Franz Gartner



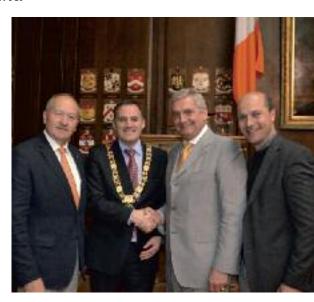
Anmeldung bis spätestens 21. Juni bei Bettina Kolter Tel.: 01/409 55 81-14

E-Mail: bettina.kolter@tatwort.at www.wasseraktiv.at/vorsorgen

## Reformen und Krisenbewältigung

#### Gemeindevertreter besuchten das EU-Vorsitzland Irland

Im Rahmen einer Reise des Gemeindebundes in das aktuelle EU-Ratsvorsitzendenland Irland trafen Vertreter des Gemeindebundes mit dem Bürgermeister von Dublin, Naoise Ó Muirí, zusammen. Die Delegation wollte bei der Reise vor allem die Rolle der Gemeinden in einer fast zur Gänze globalisierten Wirtschaft und in der schweren Rezession in Irland unter die Lupe nehmen. Nach wie vor befindet sich Irland in einer schweren Krise, und es sind die Gemeinden und kleinen staatlichen Einheiten, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Menschen noch Anker sind. Aber auch die irischen Kommunen mussten massiv sparen. In nur zwei Jahren wurden allein in der Dubliner Verwaltung 1000 Mitarbeiter abgebaut. Die weitgehend globalisierte Wirtschaft Irlands hatte von den Boomjahren vor 2007 zwar besonders profitiert und auch viele europäische Förderungen lukrieren können - haben doch so namhafte Firmen wie Google, Yahoo, SAP oder IBM ihre Europazentralen im 4,9 Mio. Einwohner zählenden Inselstaat. Mit dem Abschwung ging es aber dann gleich ganz weit hinunter, und das bedingt heute in der Hauptstadt Dublin bei Neugebäuden 30 bis 70 Prozent Mietleerstände, 16 Prozent Arbeitslosigkeit und rund 260 junge Personen täglich, die das Land als gut ausgebildete Auswanderer Richtung Australien oder Amerika verlassen. An die 260.000 waren es schon seit Beginn der Krise, die Irland einerseits einen schweren Aderlass an gut ausgebildeten Jugendlichen bescherten, andererseits noch "dämpfend" auf die hohe Arbeitslosigkeit wirken.



Die GVV-Spitzenvertreter Karl Moser, Alfred Riedl und Hannes Pressl mit dem Dubliner Bürgermeister Naoise Ó Muirí.

## Info-Seite gegen "Handy-Mythen"

#### Forum Mobilkommunikation informiert Gemeinden, Behörden und Bürger

ürzlich ging eine neue Informationsseite des Forum Mobil-kommunikation zum Thema Bau und Ausbau von Mobilfunk-Sendeanlagen online. Sie richtet sich in erster Linie an Gemeinden und Behörden, die mit dem Thema aktuell befasst sind, ist aber für alle interessierten Bürger abrufbar.

Jan Trionow, Präsident des FMK und Chef von Hutchison 3G Austria dazu: "Im Mobilfunk-Bereich werden Mythen und Wahrheit oft vermischt, was immer wieder zu hitzigen Debatten in den Gemeinden führt. Mit dem nun vorliegenden Online-Leitfaden wollen wir objektive Informationen in verständlicher Form zur Verfügung stellen."

Walter Leiss, Generalsekretär des Gemeindebundes: "Mobilfunk leistet einen aktiven Beitrag zur Attraktivierung von ganzen Regionen, was sich direkt in der Lebensqualität für jeden einzelnen Bürger und im wirtschaftlichen Erfolg der Gemeinden auswirkt." Die Infoseite verfügt über mehrere Kapitel. Das Kapitel "Bau einer Station" widmet sich ausführlich den rechtlichen Rahmenbedingungen für Gemeinden, Behörden und natürlich auch für Mobilfunkbetreiber.

Kern des Werkes ist der Bereich "Mobilfunk und Gesundheit". In klarer Sprache legt das FMK die Fakten auf den Tisch und hält sich dabei in Punkt und Beistrich an die Aussagen der Weltgesundheitsorganisation. Dabei wird der aktuelle Wissensstand genauso erläutert wie das geltende Vorsorgeprinzip, das in die WHO-Grenzwerte eingeflossen ist. Auch werden bekannte Mobilfunk-Mythen beschrieben und widerlegt.



Immer wieder bieten selbsternannte "Spezialisten" ihre Dienste an, wenn es darum geht, Abschirmprodukte gegen "Handy-Strahlung" zu verkaufen.

**Information**http://senderbau.fmk.at

## "Gebietskörperschaften anders finanzieren"

#### Ausschuss der Regionen fordert innovative Denkansätze

m Rahmen einer Konferenz in Brüssel hat der Präsident des Aus-▲ schusses der Regionen, Ramón Luis Valcárcel Siso, eindringlich davor gewarnt, dass die ehrgeizigen Ziele des EU-Wachstumsplans – Europa 2020 – nur durch eine Überarbeitung der Finanzierung von Europas lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umgesetzt werden können. Da die EU in ihrer Wirtschaftspolitik weiterhin einen Sparkurs fahre, müsse man - wenn die Ziele erreicht werden sollen – auch immer notwendiger nach "innovativen Lösungen für die Finanzierung der dringend erforderlichen langfristigen Investitionen der lokalen Gebietskörperschaften suchen", so Valcárcel.

Valcárcel hob hervor, dass auch bei einer Kürzung des EU-Haushalts die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften immer noch für zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben zuständig seien. Ein koordinierter Ansatz für Investitionen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene sei nötiger denn je. Wenn die EU ihre Versprechen eines "intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums" bis 2020 einhalten wolle, dann müssten die Regionen und Kommunen unbedingt Teil des Europäischen Semesters sein und in die nationalen Reformprogramme einbezogen werden, die "auf diesem Auge immer noch blind" seien. Er sprach sich für öffentlich-private Partnerschaften bei der Finanzierung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aus und betonte, dass "wir sehr erfreut sind über die neuen 'Rahmendarlehen' und 'Strukturprogrammdarlehen', die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) einge-



AdR-Präsident Ramón Luis Valcárcel Siso: "Auch bei einer Kürzung des EU-Haushalts sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften immer noch für zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben zuständig."

führt wurden: Diese Instrumente könnten sich als entscheidend für die Finanzierung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erweisen."

#### Impressum:

Herausgeber: Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4 Mit der Herausgabe beauftragt: Landesgeschäftsführer Mag. Christian Schneider Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22 www.kommunalverlag.at Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss DTP: Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max E-Mail: thomas.max@kommunal.at Anzeigenverkauf: Harry Leitner, Tel.: 01/532 23 88-13, E-Mail: harry.leitner@kommunal.at Fotos: Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), iStock Photo (www.istockphoto.com) Hersteller: Leykam Druck, 7201 Neudörfl Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbei-

Dieses "Fachjournal für Kommunalpolitik" erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland.

tionen.

terkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institu-

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

### "Leistbares Wohnen für Einkommensschwächere"

### Norbert Steiner wurde Alpenland-Obmann

Dipl.-Ing. Norbert Steiner, international renommierter Planer und Baumanager, wurde vor kurzem zum Obmann der Wohnbaugenossenschaft Alpenland gewählt.

Steiner, Jahrgang 1942, besitzt reiche bautechnische Erfahrung im In- und Ausland und wird sein großes technisches und kommerzielles Wissen künftig bei Alpenland einbringen.

Alpenland zeichnet eine besonders enge Kooperation mit den Gemeinden aus: Nach dem Prinzip "Wir bauen primär dort, wo Bedarf und nicht wo Geschäft zu erwarten ist", hat Alpenland gerade in Niederösterreich die bauliche Entwicklung des ländlichen Raumes und damit die Ortsbilder wesentlich mitgeprägt.

Norbert Steiner absolvierte die Technische Universität Wien mit Schwerpunkt Städtebau, war Stadtplaner in München, Generalmanager des neuen

Regierungviertels Sankt Pölten und seit 1999 für den ÖBB-Bahnhofausbau verantwortlich. Zuletzt brachte er das Skylink-Projekt am Flughafen Schwechat erfolgreich zu Ende. International war Steiner auch in den USA, im Oman, in Athen und Russland tätig.



Norbert Steiner war auch Generalmanager des Regierungviertels in Sankt Pölten

### Feier zum 60er von Karl Moser



Großes Fest zum 60er von GVV-Vizepräsident Karl Moser: Vom GVV-Büro erhielt der Jubilar eine vom Herzogenburger Kunstmaler Dietmar Wurstbauer stammende Karikatur. Außerdem wurde er mit dem Ehrenring des GVV ausgezeichnet.



## WER STEHT HINTER IHNEN? UND IHREN ERFOLGREICHEN PROJEKTEN? **HYPO NOE PUBLIC FINANCE.**

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand zur professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis

bietet die HYPO NOE GRUPPE maßgeschneiderte und Projektrealisation. Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at



Die Bank an Ihrer Seite.